

THEMA IM LANDTAG

Elbehochwasser 2006

Versäumnisse der Landesregierung sind offenkundig

Das Frühjahrshochwasser 2006 an der Elbe hat erhebliche Schäden angerichtet, vor allem in Hitzacker. Betroffene Bürgerinnen und Bürger wollen jetzt gegen das Land klagen. Sie sind der Meinung, dass der Katastrophenfall zu spät ausgerufen und darum Schutzmaßnahmen zu spät umgesetzt wurden.

Dass die Schäden nicht höher ausfielen, ist dem hohen Einsatz der vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer, der Feuerwehr, der Polizei, dem THW und der Bundeswehr zu verdanken.

Nicht nur die Öffentlichkeit hat den Eindruck, dass die Landesregierung zu spät und nicht angemessen auf das Elbehochwasser reagiert hat. Auch die SPD-Landtagsfraktion war und ist der Ansicht, dass es große Versäumnisse, vor allem des Umweltministers, gab. Sie hat deshalb in den zuständigen Ausschüssen peinliche Fragen an Herrn Sander gestellt und gleichzeitig, um den Druck zu erhöhen, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss angekündigt.

In den Ausschüssen konnte der Umweltminister wichtige Fragen nach den Ursa-

chen und den ergriffenen Maßnahmen nicht oder nicht vollständig beantworten. Insbesondere im Ablauf des Krisenmanagements gab es Widersprüche. Offenkundig gab es Versäumnisse der Landesregierung.

Es wurde aber auch klar, dass ein Untersuchungsausschuss keine weiteren zentralen Ergebnisse mehr bringen konnte. Die SPD-Fraktion sah deshalb keinen Aufklärungsbedarf mehr und hat deshalb auf ihren Antrag auf Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses verzichtet.

Dies hat ihr viel Kritik eingebracht. Es war aber ein verantwortlicher und richtiger Schritt, weil es ihr nicht um Klamauk, sondern um Aufklärung ging. Und dies ist gelungen. – Unter dem Strich steht nämlich fest: In zentralen Punkten hat die Landesregierung versagt.

- Sie hat es seit dem Hochwasser 2002 versäumt, Maßnahmen für den vorbeugenden und nachhaltigen Hochwasserschutz einzuleiten, also Deiche rückzuverlegen oder Polder und Überschwemmungsflächen zu schaffen.
- Eine bessere Koordination von Hochwasserschutzmaßnahmen mit den anderen Elbeländern wurde nicht verabredet.
- Gravierend aber sind die fehlerhaften Pegelmeldungen des Landesbetriebes gewesen.

In diesen Punkten muss dringend nachgearbeitet werden. Die SPD-Fraktion wird ein Auge darauf haben und weiterhin parlamentarisch aktiv bleiben.



Heiner Bartling,
innenpolitischer Sprecher

Liebe Leserinnen und Leser,



Wolfgang Jüttner

die Landesregierung hat im Zusammenhang mit dem Oster-Hochwasser an der Elbe schwere Fehler gemacht: Die Prognosen für die Pegelstände stimmten nicht, der Hilfe für die betroffenen Menschen kam zu spät, die Zusammenarbeit mit den anderen Elbannrainern war dilettantisch, der vorbeugende Hochwasserschutz wurde jahrelang vernachlässigt.

Die Versäumnisse liegen auf dem Tisch – jetzt muss gehandelt werden, denn wir werden in Zukunft noch mehr solcher Hochwasserkatastrophen zu bewältigen haben. Deshalb haben wir als SPD-Landtagsfraktion unsere Forderung nach Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu der Thematik zurückgenommen. Diese Entscheidung ist uns wahrlich nicht leicht gefallen. Aber wir wollen keinen Polit-Klamauk, wie ihn beispielsweise CDU und FDP zu Oppositionszeiten in Berlin mit dem Visa-Ausschuss betrieben haben. Wir wollen, dass die Menschen in Niedersachsen nicht nur an der Elbe besser vor Hochwasser geschützt werden. Und deshalb ist dieses wichtige Thema für uns noch lange nicht erledigt.

Ever

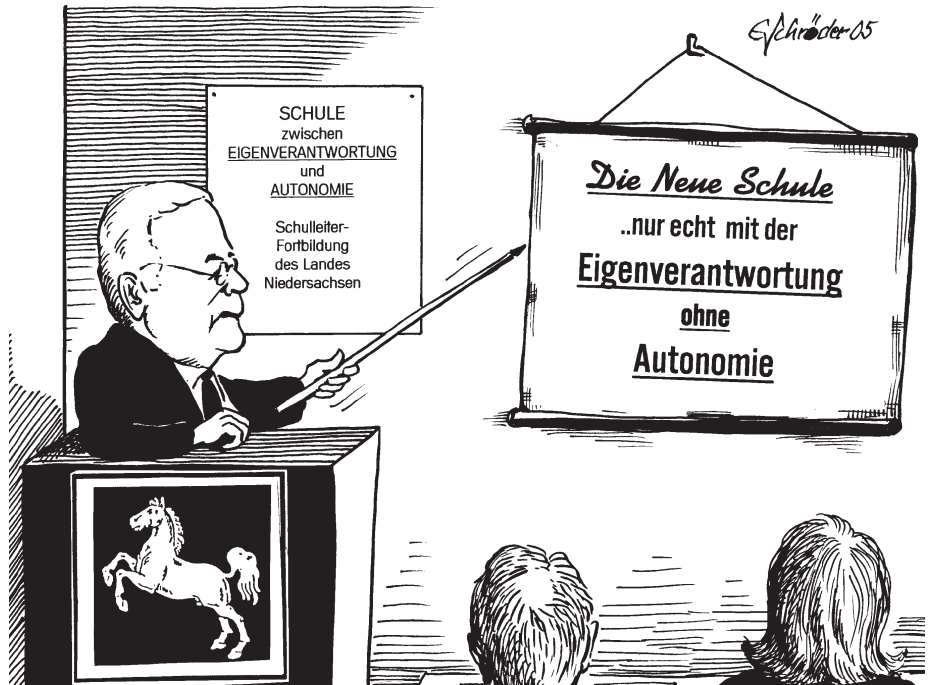
Wolfgang Jüttner

Eigenverantwortung nach Erlasslage Gesetzentwurf zur Eigenverantwortlichen Schule

Über den Grundansatz herrschte zwischen allen Fraktionen im Landtag Einigkeit: Die Schulen sollen in Zukunft mehr Freiheit bekommen. Doch über den Weg dorthin wurde im Landtag heftig gestritten, als Kultusminister Bernd Busemann seinen Gesetzentwurf zur »Eigenverantwortlichen Schule« ins Parlament einbrachte.

»Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird den Schulen nicht mehr Freiräume geben«, sagte dazu die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Ingrid Eckel. »Er regelt lediglich einige Aspekte der internen Schulverfassung, über die wir in den anstehenden Ausschussberatungen intensiv diskutieren werden. Die entscheidende Frage der Finanzierung bleibt völlig ausgeklammert.«

Eckel zeigte sich enttäuscht darüber, dass die vom Kultusminister versprochene Deregulierung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werde. »Angesichts der Bürokratie in den Schulen ist es schlicht lächerlich, die Aufhebung von sechs der 190 geltenden Erlasse und die Überprüfung weiterer zu versprechen«, sagte Eckel. »Die Schulen brauchen mehr Gestaltungsfreiheit und nicht nur Eigenverantwortung nach Erlasslage.«



Die SPD hatte in ihrem Gesetzentwurf vorgeschlagen, dass die Schulen von allen Regelungen abweichen dürfen, die Details der pädagogischen Arbeit regeln. »Wir wollen möglichst viel pädagogische Ge-

staltungsfreiheit für die Schulen. Denn nur wenn jede Schule eigene Antworten auf die spezifischen Herausforderungen vor Ort geben kann, kann die Qualität des

Unterrichts verbessert werden. Leider folgt Herr Busemann diesem Grundsatz nur in der Rhetorik, nicht aber in der konkreten Politik.«

Das Märchen von den 100 Prozent Unterrichtsversorgung beschäftigt Landtag

Das Thema gehört zu den landespolitischen Dauerbrennern: Bei einer von der SPD beantragten Aktuellen Stunde diskutierte der Landtag einmal mehr über den Unterrichtsausfall im Land. Während Kultusminister Busemann dabei gebetsmühlenartig wiederholt, dass die Unterrichtsversorgung bei 100 Prozent liege, zeigen Erhebungen von Eltern das wahre Ausmaß des Problems.

In den vergangenen Monaten hatten zahlreiche Elternräte die Sache selbst in die Hand genommen: Sie führten akribisch Buch darüber, wie viel Unterricht in den Klassen ihrer Kinder ausfällt. Eigentlich müsste die Landesregierung froh über diese Form des bürgerschaftlichen Engagements sein. »Kultusminister Busemann aber versucht mit aller Macht, diese Erhebungen zu verhindern und die Ergebnisse zu diskreditieren«, kritisierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Jüttner. So habe es aus der Landesschulbehörde Hinweise an die Schulleitungen gegeben, während der von Elternvertretern durchgeführten Erhebungen möglichst wenig

Stunden ausfallen zu lassen. »Außerdem ist in der Landesschulbehörde – anders als von Herrn Busemann behauptet – sehr wohl eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die prüfen sollte, ob die Erhebungen rechtmäßig sind«, so Jüttner. Es sei außerdem falsch, wenn der Minister behaupte, seinem Haus lägen die Ergebnisse der Elternaktionen nicht vor.

Hier einige Ergebnissen aus den Erhebungen der Elternvertreter:

Die Aussage von der 100-prozentigen Versorgung entspreche »nicht der Wahrheit«, sagte zum Beispiel Bernd-Rüdiger



Ingrid Eckel,
schulpolitische Sprecherin

Rehme-Lüdemann, der Vorsitzende des **Göttinger** Stadelternrates. Vor allem bei Gymnasien und Gesamtschulen gebe es erhebliche Defizite. Einer aktuellen Erhebung zufolge kämen die Gesamtschulen in Göttingen auf eine Unterrichtsversorgung von nur etwa 90 Prozent, sagte Rehme-Lüdemann. Bei den Gymnasien seien es weniger als 95 und bei den Haupt- und Realschulen etwa 95 Prozent. Die Grundschulen seien immerhin etwa zu 98 Prozent versorgt.

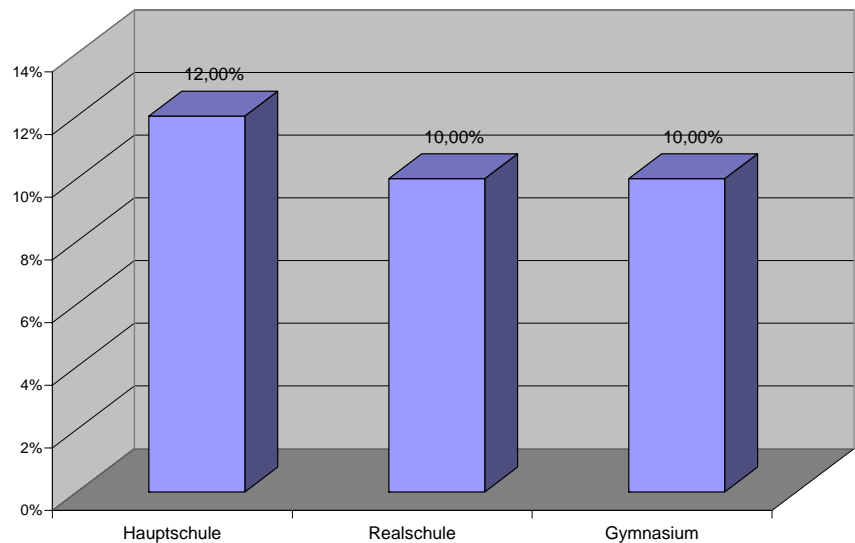
Auch in **Braunschweig** kann von einer guten Unterrichtsversorgung nur in den Grundschulen die Rede sein. Einer Erhebung des Stadelternrates im November 2005 zufolge fand in den Gymnasien und an den Realschulen der Unterricht nur zu 96 bis 97 Prozent statt. Bei den Hauptschulen lag der Durchschnitt deutlich tiefer. In einer Hauptschule fielen gar 50 Prozent des Unterrichts aus. »Im Schnitt haben wir einen Unterrichtsausfall von 10 Prozent festgestellt«, sagte die Vorsitzende des Stadelternrates, Norma Dowald-Spillmann. Insbesondere bei Naturwissenschaften und Sprachen fehlten Lehrer.

»Bei uns gibt es keine 100-prozentige Unterrichtsversorgung«, betonte auch der Vorsitzende des Stadelternrates **Hannover**, Richard Lochte. »Wir haben noch nicht mal 100 Prozent in den Stundenplänen.« Mit Ausnahme der Grundschule sei eine Unterversorgung von zwei bis fünf Prozent festzustellen, erläuterte Lochte – »in den Gymnasien etwas weniger, in den Realschulen etwas stärker«. Besonders betroffen seien Fächer wie Naturwissenschaften, Latein oder Spanisch. »Feuerwehrlehrkräfte gibt es nur in den allerseltensten Fällen.«

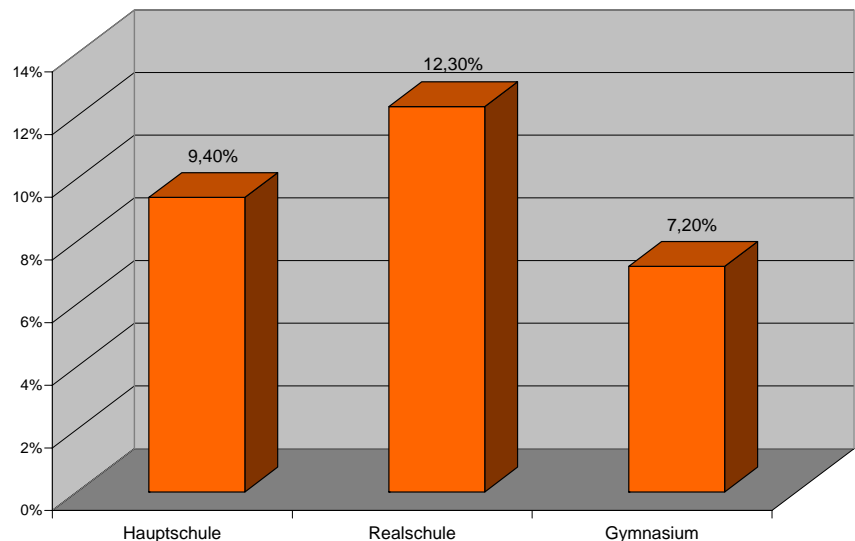
Nach Ansicht des **Oldenburger** Stadelternrates Thomas Pauling stimmen die Angaben des Kultusministeriums »mit Sicherheit nicht« mit der Realität überein. Die Stunden, die wegen Krankheit der Lehrer ausfallen, werden bei den 100 Prozent nicht mitgerechnet. Es ist keine Vertretung vorgesehen. Besonders schlecht sei die Lage an den berufsbildenden Schulen.

Auch in der Region **Lüneburg** bleibt die Unterrichtsversorgung nach Angaben der Kreiselternräte weit hinter den Vorgaben zurück. So fallen in Realschulklassen im Schnitt 4,6 der wöchentlich 29 bis 32 vorgesehenen Unterrichtsstunden aus. An den Hauptschulen finden durchschnittlich 4,1 Stunden, an den Gymnasien 4,2 Stunden weniger als vorgesehen statt.

Unterrichtsausfall im ehemaligen Regierungsbezirk Hannover



Unterrichtsausfall im ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg



Ergebnisse einer Umfrage der Elternräte in den ehemaligen Regierungsbezirken vom Februar 2006

»Grundschüler sitzen zwar überwiegend die vorgesehene Zeit in der Schule, die vollen Unterrichtsstunden bekommen sie aber nicht immer, in einigen der Stunden werden sie nur betreut«, resümierten die Elternräte. An den berufsbildenden Schulen würden nur rund 70 Prozent des vor-

gesehenen Unterrichts tatsächlich erteilt. Nach Berechnungen der Elternräte fehlen alleine an den Gymnasien der Region Lüneburg rund 70 Fachlehrer. Besonders drastisch schätzen sie den Mangel in den naturwissenschaftlichen Fächern sowie in Musik und Kunst ein.

Impressum

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1; 30159 Hannover

V.i.S.d.P.:

Dr. Cornelius Schley; Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion:

Tobias Dünow (E-Mail: Tobias.Duenow@Lt.Niedersachsen.de)
Thilo Scholz (E-Mail: Thilo.Scholz@Lt.Niedersachsen.de)

Layout und Satz:

Andreas Schneider (E-Mail: Andreas.Schneider@Lt.Niedersachsen.de)

Kombilohn und Mindestlohn gehören zusammen

»Was wir jetzt brauchen, ist eine Arbeitsmarktpolitik aus einem Guss. Nur so werden wir einen entscheidenden Beitrag zur Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit leisten«, stellte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Günter Lenz angesichts der negativen Arbeitsmarktzahlen für Niedersachsen fest.

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat sich die Regierung Wulff/Hirche nicht mit Ruhm bekleckert, im Gegenteil: Die Arbeitslosenquote beläuft sich auf 11,2 % und ist damit die zweithöchste in einem westdeutschen Flächenland. Bei der Jugendarbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen ist Niedersachsen unter den westdeutschen Flächenländern auf einem traurigen Spitzenplatz.

Der Alleingang Wulffs zur Einführung eines niedersächsischen Kombilohnmodells ist daher nicht geeignet, dem Problem der Langzeitarbeitslosigkeit wirksam zu begegnen. Es bedarf nicht 16 verschiedenen Landesregelungen, sondern einer bundeseinheitliche Lösung, wie es auch im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Kombilöhne dürfen nicht zu unerwünschten Mitnahmeeffekten und zu einer Ab-

senkung des Entgelt-niveaus über die Hintertür führen. Aber genau diese Elemente fehlen im niedersächsischen Modell. »Daher ist die Einführung eines Kombilohnmodells für uns unabdingbar mit der Einführung eines Mindestlohnes verknüpft.« Sagte Lenz und steht damit in Übereinstimmung mit Bundeskanzlerin Merkel.

Deswegen hat die SPD in einem Entschließungsantrag ganz konkrete Maßnahmen zur Einführung und Ausgestaltung eines Mindestlohns vorgeschlagen. Vorrang vor einem einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn muss dabei eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung für die unterste tarifliche Entgeltgruppe haben. Nur in Branchen ohne Tarifvertrag muss in Anlehnung an tarifliche Mindeststandards ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden.

»Arbeit muss sich in Deutschland nicht nur



Günter Lenz,
wirtschaftspolitischer Sprecher

lohn, sondern sie muss auch existenzsichernd sein. Das ist unsere Position!«, stellte Lenz fest.

Keine Chancen der Kommunen beim Verkauf der Landeskrankenhäuser

Über eineinhalb Stunden musste sich die Sozialministerin am vergangenen Donnerstag im Landtag den Fragen der SPD-Fraktion zum Verkauf der Landeskrankenhäuser stellen. Eindeutige Antworten blieb sie dabei schuldig. Nur eines wurde klar: Entgegen den permanenten Behauptungen Ross-Luttmanns, das Verkaufsverfahren werde offen und fair sein, werden Kommunen, Kirchen oder Wohlfahrtsverbände keine Chance im Bieterverfahren haben.

»Die Landtagsdebatte untermauerte unsere schlimmsten Befürchtungen«, so Uwe Schwarz, sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Die Landeskliniken werden verschärft, damit Finanzminister Möllring einmalig seinen Haushalt entlasten kann. Über Alternativen zum Verkauf der Landeskliniken hat die Landesregierung nie ernsthaft nachgedacht, die vermeintliche Dialogbereitschaft war nur eine Alibiveranstaltung, um Patienten, Beschäftigte und Öffentlichkeit einzulullen.

Ob der Verkauf überhaupt Sinn macht, spielt keine Rolle und wird auch bei der Antwort auf die Frage, wer den Zuschlag erhält, keine Rolle spielen. »Wer das

höchste Kaufangebot abgibt, kommt zum Zuge, nichts anderes wird am Ende des Tages zählen«, so Schwarz weiter. »Kommunen oder freigemeinnützige Interessenten werden deshalb ohne Chancen bleiben«.

Schwarz: »Geradezu erschreckend ist das offenkundige Fehlen eines durchdachten Konzepts, wie es beispielsweise mit der psychiatrischen Versorgung im Lande weitergehen soll«.

Über einen der sensibelsten Bereiche der Krankenversorgung überhaupt bestimmt nun der Finanzminister mit Rückendeckung des Ministerpräsidenten. »Frau Ross-Luttmann darf nur noch Baldrian ver-



Uwe Schwarz,
sozialpolitischer Sprecher

teilen und sich öffentlich für Wulff und Möllring abwaschen lassen.«

Schünemann scheitert in Lüchow-Dannenberg

Das von Innenminister Schünemann propagierte Modell einer »kreisfreien Samtgemeinde Lüchow-Dannenberg« ist endgültig gescheitert. CDU und FDP haben dem Projekt, das sich der Innenminister sogar durch eine zweifelhafte Bürgerbefragung legitimieren lassen hatte, zu Grabe getragen.

»Wohl selten ist ein Gesetzentwurf der Landesregierung derart komplett gescheitert wie dieser des amtierenden Innenministers. Das was jetzt verabschiedet wurde; hat nichts mehr mit dem zu tun, was der Innenminister ursprünglich geplant hatte«, sagte SPD-Innenexperte Heiner Bartling. Statt einer kreisfreien Samtgemeinde anstelle des Landkreises und der bisherigen fünf Samtgemeinden in Lüchow-Dannenberg wurde jetzt die Zahl der Samtgemeinden von fünf auf drei reduziert – der Landkreis jedoch bleibt erhalten. Damit wird eine große Chance für die Region vertan, denn das jetzt verabschiedete Gesetz löst keines der strukturellen Probleme in Lüchow-Dannenberg.

Das Scheitern des Innenministers war jedoch absehbar. Das Modell der kreisfreien Samtgemeinde war inhaltlich von vornherein unausgereift und zudem verfassungsrechtlich höchst problematisch. Aber auch das jetzt beschlossene Modell begegnet großen rechtlichen Bedenken, da Gemeindeaufgaben auf den Landkreis übertragen werden sollen. Und schließlich: Von den ursprünglich mit der Reform angestrebten finanziellen Ein-

sparungen ist schon lange keine Rede mehr.

»Die Landesregierung hat Lüchow-Dannenberg mit Anlauf gegen die Wand gefahren«, ergänzte Klaus-Peter Dehde, SPD-Abgeordneter aus der Region. »Das strukturelle Problem im Landkreis Lüchow-Dannenberg ist die geringe Einwohnerzahl von unter 50.000. Hinzu kommt eine vergleichsweise große Fläche des Landkreises. Diese Fakten bleiben dieselben, egal ob man den Landkreis zu einer kreisfreien Samtgemeinde umgestaltet oder – wie jetzt geschehen – die Zahl der Samtgemeinden innerhalb des Landkreises von fünf auf drei reduziert. In Lüchow-Dannenberg hat es ebenso wie in den Nachbarlandkreisen der Region über alle Parteigrenzen hinweg die Bereitschaft gegeben, gemeinsam neue Wege zu gehen. Herr Schünemann aber hat bis zuletzt alle Gesprächsangebote ignoriert. Ministerpräsident Wulff hat die Diskussion einer Aufteilung des Landkreises Lüchow-Dannenberg auf die benachbarten Kreise Uelzen und Lüneburg kategorisch ausgeschlossen, obwohl diese Lösung von Fachleuten als die zukunftsträchtigste angesehen wird.



Klaus-Peter Dehde,
energiepolitischer Sprecher

Dazu Bartling: »Wulff fürchtet eine Veränderung von Kreisgrenzen wie der Teufel das Weihwasser. Dabei verdrängt der Ministerpräsident, dass die von ihm zu verantwortende Zerschlagung der niedersächsischen Verwaltungsstrukturen nach Auffassung sämtlicher Verwaltungswissenschaftler eher früher als später Auswirkungen auch auf die kommunalen Strukturen haben wird«.

FES im Landtag – Ausblick auf die kommenden Veranstaltungen

Den aktuellen politischen Diskussionen um die Gestaltung der sozialen Demokratie und der Ausprägung des Sozialstaats in Deutschland liegen unterschiedliche politische Vorstellungen über die Rolle des Staates im Leben der Menschen zu Grunde. Die zentralen Fragen sind dabei: Wie schlank kann der Staat sein, um mit knapper werdenden Ressourcen seine Aufgaben zu erfüllen? Wie handlungsfähig muss ein Staat sein, um ein Maß an gleichwertigen Lebensverhältnissen für alle zu gewährleisten?

Die FES Niedersachsen hat sich im Rahmen der Veranstaltungsreihe dieses Themas angenommen. Nach einer Auftaktveranstaltung mit dem Titel »Die Sicherung der sozialen Demokratie im Zeichen der Globalisierung« mit Wolfgang Jüttner, dem schwedischen Botschafter Carl Tham und dem früheren Chefredakteur der Frankfurter Rundschau Wolfgang Storz, folgten Veranstaltungen zu den Aspekten Sozialstaat in Deutschland, Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols, Privatisierung der Daseinsvorsorge am Beispiel der Wasserversorgung und zu Privatisierungstendenzen im Gesundheitssystem.

Nach der Sommerpause folgt die Fortsetzung dieser Reihe.

Am 12.09.2006 geht es um die Frage, welche Verwaltung ein moderner Sozialstaat benötigt. Es schließt sich am 09.10.2006 eine Veranstaltung zu der Fragestellung an, welche finanzielle Ausstattung für einen modernen und starken Sozialstaat erforderlich ist und wie diese sichergestellt werden kann.

Die Frage nach der sozialen Herkunft und den damit verbundenen Bildungschancen wird eine weitere Veranstaltung am 07.11.2006 beschäftigen.

Die Veranstaltungen werden schließlich in eine Abschlussveranstaltung münden, die voraussichtlich am 05.12.2006 stattfindet und in der die in den vorausgegangenen Veranstaltungen diskutierten Fragestellungen aufgegriffen und gebündelt werden sollen.

Weitere Infos:

Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen
Tel.: 0511 / 30 66 22
Email: hannover@fes.de

Haushalt und Mipla müssen neu justiert werden – Steuerpaket und Steuerschätzung für Niedersachsen nutzen

Gastkommentar von Heinrich Aller, MdL

Die Eckwerte der Mai-Steuerschätzung bieten die Chance, mit dem Haushalt 2007 und der Mipla die Niedersachsenpolitik neu zu justieren. Die niedersächsische CDU/FDP-Regierung wird dies nutzen, um vor den Kommunalwahlen rasch noch einige Grausamkeiten der Vergangenheit abzumildern. Bereits Anfang Juli wird das Landeskabinett einen Haushaltsentwurf vorlegen, in dem die Ergebnisse der Steuerschätzung eingearbeitet sein werden.

Die Kürzung des »Landesblindengeldes«, die als unabweisbar und Beweis eisernen Sparwillens gegen die angebliche Verschwendungspolitik der Vorgängerregierung erhalten musste, wird korrigiert. Das ist sicher. Möllrings drakonischer niedersächsischer Feldzug gegen Beamte und Tarifpersonal wird an die neuen Realitäten angepasst werden müssen. Möllring wird zurückrudern müssen und eini-

ge der Kürzungen zurücknehmen. Offen bleibt noch, welches Bonbon für den unter Druck stehenden Kultusminister bereits per Kabinettsbeschluss oder erst durch ein »Machtwort« der Koalitionsfraktionen so rechtzeitig in die Haushaltsdebatte eingespeist wird, dass es Wirkung möglichst für die Kommunalwahl und die Landtagswahl erzielt. Meine Vermutung: Ein erstes gebührenfreies Kindergartenjahr ab 2007/2008.

Dieses ist jedoch kein Konzept, sondern nur Flickwerk. Weil das so ist, tut die SPD gut daran, mit sehr konkreten Vorschlägen die Haushaltspolitik und die Mittelfristige Finanzplanung neu zu justieren. Und das werden wir tun. Wir wollen die Chance nutzen und niedersächsische Haushaltspolitik neu justieren, mit einem Konzept des Schuldenabbaues und inhaltlicher Schwerpunktsetzung. Wir werden zeigen, dass es solide finanzierte Alter-



Heiner Aller, Finanzexperte

nativen und bessere Perspektiven für Land, Kommunen und die Menschen in Niedersachsen gibt.

Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine

**10.06.2006 von 10:00 bis ca. 16:00 Uhr
Außerordentlicher SPD-Landesparteitag zur »Zukunft der Bildung«**

Mit Kurt Beck (Vorsitzender der SPD, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz)
CongressPark Wolfsburg, Heinrich-Heine-Straße

**17.06.2006 von 11:00 bis 16:30 Uhr
Kongress der SPD-Landtagsfraktion zur frühkindlichen Bildung:**

»Alle Kinder sind gleich – jedes Kind ist besonders«
mit

- Dr. Donata Elschenbroich (Autorin des Bestsellers »Weltwissen der Siebenjährigen«),
- Ute Erdsiek-Rave (Ministerin für Bildung und Frauen Schleswig-Holstein),
- Stephan Weil (Kämmerer der Landeshauptstadt Hannover) und anderen.

Foyer der IG BCE, Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

Anmeldungen bitte richten an: Thilo Scholz, Fax 0511/30 30-48 09, E-Mail: Thilo.Scholz@LT.niedersachsen.de

**01.07.2006 von 10:30 bis ca. 13:30 Uhr
Diskussionsveranstaltung der SPD-Landtagsfraktion zum kommunalen Klimaschutz:**

»Verantwortung für die Zukunft – nachhaltige Energiepolitik und kommunaler Klimaschutz«

mit

- Hermann Scheer (MdB),
- Dr. Alfred Tacke (Vorstandsvorsitzender der STEAG),
- Stephan Weil (Kämmerer der Landeshauptstadt Hannover) und anderen.

Foyer der IG BCE, Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

Anmeldungen bitte richten an: Thilo Scholz, Fax 0511/30 30-48 09, E-Mail: Thilo.Scholz@LT.niedersachsen.de

**08.07.2006 von 10:30 bis 16:00 Uhr
Kongress der SPD-Landtagsfraktion zur Stadtgesellschaft:**

»Die Zukunft der Stadt – wie wollen wir wohnen und leben?«

mit

- Wolfgang Tiefensee (Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung),
- Jens Böhrnsen (Präsident des Senates und Bürgermeister der Freien und Hansestadt Bremen),
- Ulrich Pfeiffer (Aufsichtsratsvorsitzender des Wirtschaftsforschungsinstitutes Empirica) und anderen.

Foyer der IG BCE, Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

Anmeldungen bitte richten an: Henning Hofmann, Fax 0511/30 30-48 09, E-Mail: Praktikant-2@LT.niedersachsen.de

**10.07.2006 ab 18:00 Uhr
Sommerfest der SPD-Landtagsfraktion
Künstlerhaus Hannover, Sophienstr. 2**

Sommerreise 2006 – »Perspektive Niedersachsen«

»Perspektive Niedersachsen« – so lautet nicht nur der Slogan der Landtagsfraktion. An diesem Motto orientiert sich auch die diesjährige Sommerreise von Wolfgang Jüttner.

Die Sommerreise wird vom 17.07.2006 bis 21.07.2006 stattfinden, vom 26.07.2006 bis 28.07.2006 und am 31.07.2006 und 01.08.2006 fortgesetzt.

Im Rahmen der Sommerreise wird versucht, möglichst viele Regionen des Landes Niedersachsen zu erreichen. Im Hinblick auf das Programm der Sommerreise wird der Schwerpunkt auf innovativen Projekten und Unternehmen liegen.

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag organisiert den 7. Niedersächsischen Behördenmarathon

58 Staffeln à sieben Personen, also insgesamt 406 Starterinnen und Starter aus allen Ministerien sowie aus zahlreichen weiteren Behörden haben sich am 10. Mai 2006 auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion zum traditionellen Behördenmarathon rund um den Maschsee in Hannover getroffen.

»Diese Resonanz hat uns schlicht überwältigt«, erklärte Fraktionschef Wolfgang Jüttner, der pünktlich um 16:00 den Startschuss gegeben hatte. »Der Behördenmarathon entwickelt sich zu einem echten Renner«. Besonders erfreut zeigte sich Jüttner darüber, dass die Staffel der SPD-Landtagsfraktion in diesem Jahr einen hervorragenden 28. Platz für sich verbuchen konnte – und dies, obwohl er selbst dieses Jahr verletzungsbedingt nicht an den Start gehen konnte. »Damit haben wir die Konkurrenz von CDU und Grünen deutlich distanziert«, sagte Jüttner. »Die FDP hatte sich offenbar von vornherein keinerlei Chancen ausgerechnet und war erst gar nicht angetreten«.

Das erfolgreiche »Team 08« der SPD-Landtagsfraktion ist in folgender Besetzung angetreten: Als Startläufer arbeitete bereits Schirmherr Heiner Bartling einen soliden Vorsprung auf die konkurrierenden Fraktionen heraus. Dieser wurde von seinen Abgeordnetenkollegen Jacques Voigtländer (Uelzen), Klaus Fler (Papenburg) und Frank-Henry Horn (Cloppenburg) locker gehalten. Nachdem Alice Graschtat (MdL aus Osnabrück) die Position der SPD-Staffel noch einmal verbessern konnte, musste der Vorsprung von Christoph Matterne und Heiner Heggemann (beide Hannover) nur noch nach Hause gelaufen werden.

Für die Sicherheit an der Strecke sorgten derweil die SPD-Abgeordneten des Landtagsausschusses für Inneres und Sport Susanne Grote (Neustadt-Wunstorf), Sig-

rid Leuschner (Hannover), Hanne Modder (Leer), Jutta Rübke (Hildesheim) und Klaus-Peter Bachmann (Braunschweig).

Gesamtsieger im Wettbewerb um die schnellste niedersächsische Behörde wurde die Polizeidirektion Hannover mit der fabelhaften Zeit von 2:42:00. Auf den Plätzen 2 und 3 folgten das Landeskriminalamt (Staffel LKA 1) und die Staffel »2. BPH« der Zentralen Polizeidirektion. Der Vorjahressieger NDR musste dieses Jahr neun Staffeln den Vortritt lassen – darunter die Oberfinanzdirektion Hannover, die Landeshauptstadt Hannover, das Nieder-

sächsische Kultusministerium sowie das JobCenter Hannover. Auch im Detail zeigten sich – nicht ganz ohne Parallelen in der aktuellen Tagespolitik – interessante Ergebnisse: Der Landkreis Lüchow-Danzenberg konnte das Niedersächsische Innenministerium deutlich distanzieren, während das Landeskrankenhaus Moringen zwar eine Staffel des Sozialministeriums hinter sich lassen konnte, beide jedoch quasi auf der Ziellinie vom Finanzministerium abgefangen wurden. Die Einzelergebnisse sowie zahlreiche Fotos sind unter www.behördenmarathon.de einsehbar.



Von links nach rechts: Das »Team 08« Frank-Henry Horn, Christoph Matterne, Jacques Voigtländer, Klaus Fler, Heiner Bartling, Heiner Heggemann, Alice Graschtat sowie der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Jüttner, Teammanagerin Sonja Papenfuß und Behördenmarathon-Organisator Ingo Delzer

Das »Niedersachsen-Netzwerk« – Die Landespolitik und unser Service für die Arbeit vor Ort

Für interne Informationen hat die SPD-Landtagsfraktion das »Niedersachsen-Netzwerk« aufgebaut. Registrierte Userinnen und User können sich auf der Internetseite www.spd-landtag-nds.de mit ihrem Passwort Zugang zum Intranet verschaffen. Hier sind zahlreiche exklusive Auskünfte über die Arbeit und Planungen, Strategien und Hintergründe zu finden; es gibt Downloads für Flugblätter, einen Artikeldienst, Musterpressemittelungen, Tipps und Ratschläge für Kommunalpolitikerinnen und -politiker etc.

Neue Zugangsberechtigungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren können zeitnah über Thilo Scholz (thilo.scholz@lt.niedersachsen.de, Tel. 0511/3030-4038) unter Angabe von Namen, E-Mail-Adresse, Telefonnummer und Wohnort vergeben werden.

Die Internet-Ausgabe des onlineTILs bietet über die kurzen Artikel hinaus weiterführende Informationen an. Ein Besuch der Homepage lohnt sich deshalb immer.